

Kues-Newsletter (163)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der CDU,



Die Eurokrise bewegt einmal mehr den Deutschen Bundestag. Am Freitag werden wir bis spät in den Abend tagen, um rechtzeitig die Beschlüsse für den Fiskalpakt und den Euro-Rettungsschirm (ESM) zu

fassen. Vorher tagt der EU-Gipfel in Brüssel. Bereits am Mittwoch fand eine erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt.

Ich werde am Freitag den Beschlüssen zustimmen, wie auch die große Mehrheit der Abgeordneten: Für mich ist klar: **Wir sind Europa, wir stehen zu Europa und wir wollen künftig auch mehr Europa, u.a. in wirtschaftlichen Fragen. Aber: Deutschland wird nicht für alle Schulden der anderen Länder in Europa haften können.**

Vor allem braucht es klare Absprachen und Regeln, damit alle Risiken nicht an uns haften bleiben. Strukturreformen in Griechenland, Spanien und anderswo, so bitter sie auch sind, sind unausweichlich. Erst dann greifen auch Wachstumsprogramme. Irland und Portugal haben vorgemacht, dass es mit diesem Weg der Konsolidierung und Strukturreformen gelingen kann.

Unsere Bundeskanzlerin hat am Mittwoch ihre Positionen noch einmal erläutert:

Fiskalpakt

Er erhöht die Anforderungen, die Staatsverschuldung zu senken. Darüber hinaus hat die EU Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Staaten in der Hand, die sich nicht daran halten. Eine Schuldenbremse, wie wir sie bereits haben, wird zukünftig auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten angewandt. Ein großer Fortschritt zu mehr Stabilität im Euroraum.

ESM und Eurobonds

Durch den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird ein permanenter Rettungsschirm gespannt, damit sich die Schuldenkrise nicht auf weitere Länder ausweitet. Klar ist aber auch: Deutschland wird nicht für die Schulden anderer Staaten in Form von Eurobonds geradestehen. Zum einen ist dies verfassungsmäßig nicht möglich. Zum anderen ist Deutschlands Stärke nicht unendlich. Eine Überforderung hätte nicht nur für Deutschland unabsehbare Folgen.

Finanztransaktionssteuer

Sie wird bis 2013 mit acht weiteren EU-Mitgliedsstaaten verwirklicht. Die Einnahmen könnten für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten verwendet werden. Außerdem soll eine europäische Aufsicht über die Banken kommen.

EU-Konjunkturprogramm

Es wird Maßnahmen zur Stimulierung des Wachstums in Europa geben. Die Maßnahmen werden allerdings verpuffen, wenn dieses Wachstum nicht auch durch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit abgesichert ist. Und da müssen sich die Länder nicht am Mittelmaß, sondern an den Besten in Europa und der Welt orientieren.

Klar ist auch: Es wird keine einfachen und schnellen Lösungen geben. Vor allem gibt es kein Patentrezept, wie wir mit einer solch grundsätzlichen Krise umgehen. Ich bin in dieser Situation froh, dass wir eine **starke Bundeskanzlerin** haben, die in Europa eine herausragende Rolle spielt und unsere Interessen einbringen kann..

Ihr